



Grundrecht auf Ausbildung

Petition an den Deutschen Bundestag

Deutschland, 2007, Ausbildungsplatzkrise...

Jedes Jahr bewerben sich
hunderttausende Jugendliche
vergeblich um einen Ausbildungsplatz.

Die größte aller Ausbildungsplatzkrisen in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands dauert nun seit 12 Jahren an. Inzwischen gibt es bundesweit bereits 1,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren ohne jegliche Ausbildung, Tendenz steigend. Sie alle sind dem Skandal der Ausbildungsplatzkrise zum Opfer gefallen.

Die bisherige Entwicklung ...

Während der Staat Ausbildungsplätze in Milliardenhöhe finanziert, ziehen sich die Unternehmen weiter aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurück. Für immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger gibt es immer weniger betriebliche Ausbildungsplätze. Für ein auswahlfähiges Angebot fehlen bundesweit über 200.000 Ausbildungsplätze.

Was getan wurde ...

Alle Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und Politik sowie alle Notprogramme der Regierung sind gescheitert. Der „Ausbildungspakt“ schafft zwar jährlich „neue“, aber nicht die erforderlichen „zusätzlichen“ Ausbildungsplätze.

Beteilige Dich an der Unterschriftenaktion!
Gleich hier auf der Rückseite
oder Online-Petition: www.ausbildung-fuer-alle.de

Warum wir etwas ändern wollen ...

Eine qualifizierte Ausbildung entscheidet über das Einkommen und die Lebensgestaltung jedes Einzelnen. Die Berufsausbildung ist aber auch zukunftsweisend für die gesamte Gesellschaft. In einer sozialen Gesellschaft muss der Übergang von der Schule in den Beruf jederzeit ohne Wartezeiten auf einen Ausbildungsplatz möglich sein.

Unser Weg aus der Ausbildungsplatzkrise ...

Die Ausbildungspolitik ist seit mehr als einem Jahrzehnt als organisierte Verantwortungslosigkeit zu beschreiben. Wir wollen allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine Lebensperspektive geben, statt sie nach der Schule in die soziale Ungewissheit zu entlassen. Für alle Jugendlichen muss es jederzeit und unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung genügend Ausbildungsplätze geben.

1. Wir fordern ein Grundrecht auf eine berufliche Ausbildung, das in der Verfassung verankert wird und eingeklagt werden kann.
2. Alle Unternehmen benötigen gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Deshalb sind auch alle Unternehmen an der beruflichen Ausbildung zu beteiligen. Nicht auszubilden, darf sich nicht lohnen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Wer ausbildet, wird unterstützt.

**Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Lebensperspektive.
Die Zeit ist reif. Jetzt handeln! Das Grundrecht auf Ausbildung durchsetzen!**

Eine Initiative der Landesschülervertretungen von
Bayern[e.v.] + Berlin[e.v.] + Hamburg + Hessen + Nordrhein-Westfalen + Rheinland-Pfalz + Sachsen
Unterstützer: Deutscher Gewerkschaftsbund + Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft + Elternbund Hessen
Landeselternbeirat Hessen + Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di + IG Metall-Jugend
Weitere Unterstützer werden auf Wunsch in die Liste aufgenommen.

14. September 2007



Grundrecht auf Ausbildung

Petition an den Deutschen Bundestag

Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Lebensperspektive. Jetzt handeln!

Ich bin für das Grundrecht auf Ausbildung, weil ...

- in Deutschland inzwischen mehr als 1,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren ohne Ausbildung keine Chance auf Arbeit haben.
- sich seit 1995 jährlich bundesweit hunderttausende Jugendliche um einen Ausbildungsplatz bewerben und keinen bekommen können.
- alle Vereinbarungen und Notprogramme zwischen Politik und Wirtschaft den Ausbildungsplatzskandal nicht beseitigen konnten.
- eine qualifizierte Ausbildung über die Zukunft junger Menschen und die Zukunft der Gesellschaft entscheidet.
- dadurch der Übergang von der Schule in den Beruf ohne Wartezeiten auf einen Ausbildungsplatz möglich wird.
- der Staat für die Ausbildung junger Menschen Verantwortung trägt!

Mit meiner Unterschrift fordere ich den Bundestag auf, einen Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung im Grundgesetz zu verankern.

Vorname Name	Straße Nr.	PLZ / Wohnort	Datum / Unterschrift

Liste bitte umgehend (bis spät. 31.12.2007) zurück an: LSV Hessen, Postfach 100 648, 35336 Gießen
 Diese Petition wird dem Deutschen Bundestag übergeben. Persönliche Angaben werden nicht veröffentlicht.

Eine Initiative der Landesschülervertretungen von
Bayern[e.v.] + **Berlin**[e.v.] + **Hamburg** + **Hessen** + **Nordrhein-Westfalen** + **Rheinland-Pfalz** + **Sachsen**
 Unterstützer: Deutscher Gewerkschaftsbund + Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft + Elternbund Hessen
 Landeselternbeirat Hessen + Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di + IG Metall-Jugend
 Weitere Unterstützer werden auf Wunsch in die Liste aufgenommen.
 Kontakt: [E-Mail] post@lsv-hessen.de |[Fon] 0160 - 92 82 71 41 - 14. September 2007